

Pozener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
in den Kreisen, Wilhelmstr. 17,
Ges. Dr. Hirsch, Hofflieferant,
Dr. Seeger u. Breitfrix - Ede,
Haus Hirsch, in Firma
J. L. Krause, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch
in Posen.

Nr. 301

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentl. drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal.
An Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 450 M. für die Stadt Posen, 540 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung vom 29. April, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung
des Gesetzentwurfs, betr. die **Ersatzvertheilung**, der die Rekru-
ten-Aushebung nach der Zahl der Tauglichen und nicht wie bis-
her nach der Bevölkerungszahl innerhalb der einzelnen Ersatzbe-
zirke regelt.

Die Kommission hat es im Wesentlichen bei den Vorschlägen
der Regierung belassen, und nur den Art. 53 der Verfassung ent-
sprechend den Bestimmungen dieser Vorlage geändert.

Berichterstatter Abg. Dr. Lieber (Zentr.) berichtet über die
Verhandlungen in der Kommission, in der im wesentlichen Ueber-
eininstimmung mit den Tendenzen der Vorlage befunden worden sei.
Die von der Kommission neu eingefügte Änderung des Art. 53 sei
nur redaktioneller Natur und habe den Zweck einer besseren Ueber-
sichtlichkeit und Klarheit. Die Kommission habe geglaubt, daß diese
"kleine" Militärvorlage unabhängig von der großen behandelt wer-
den müsse und unbeschadet des Schicksals der letzteren angenommen
werden könne.

Der veränderte Art. 53 der Verfassung wird unverändert an-
genommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Der Nachtragsetat (Beitrag zur Chicagoer Weltausstellung
und Botchafterosten) wird in dritter Berathung bewilligt.

Es folgt die erste Berathung eines zweiten Nachtragsetats,
der die Erhöhung der Matrikularbeiträge um 6½ Millionen
Mark verlangt. Die Erhöhung ist die Folge eines Defizits des
Reichshaushalts 1892/93.

Dieser Nachtragsetat wird in erster und zweiter Lesung
unbedingt erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend
die **Abzahlungsgeschäfte**.

S 1 bestimmt, daß bei einem auf Theilszahlungen abgeschlossenen
Geschäft, bei dem sich der Käufer das Recht vorbehält, wegen
Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von
dem Vertrage zurückzutreten, im Falle dieses Rücktritts jeder Theil
verpflichtet ist, dem andern Theil die empfangenen Leistungen
zurückzugeben.

Ein Antrag v. Bar (dfreij.) will dem Käufer das Recht der
Rücksicherung der geleisteten Theilszahlungen gegen Rückgabe der
empfangenen Sache nur dann ertheilen, wenn er nachweist, daß
bei Wirkung der geleisteten Theilszahlungen die Vermögensvor-
theile des Verkäufers in auffälligem Missverhältnis zu den ihm ge-
währten Leistungen stehen.

Abg. Heine (S.-D.) fragt an, ob die staatlichen Lotterien, die
doch auch auf dem Prinzip der Abzahlung beruhen, auch unter
diesem Gesetz fallen.

Abg. Wöllmer (dfr.): Die Bestimmungen der Vorlage bilden
einschneidende Maßregeln und weitgehende Beschränkungen der
Vertragsfreiheit, ohne daß in den Motiven triftige Gründe dafür
vorgebracht würden. Einwände gegen allzu hohe Preise bei den
Abzahlungsgeschäften sind nicht gemacht worden. Nur wurde be-
mängelt, daß die betreffenden Volkskreise, die von den Abzahlungs-
geschäften Gebrauch machen, dadurch zu unverhältnismäßig großen
und leichtfinnigen Ausgaben verleitet würden. Es würde vielen
Leuten, z. B. Buchdruckern, unmöglich gemacht werden, sich zu
etablieren. Die Kultur eines Volkes kann man nach dem Gebrauch
von Druckerschwarze beurtheilen, und wir sollten nicht dazu be-
tragen, daß Fortschreiten der Kultur durch besondere Beschränkungen
zu hindern. Der Eigentumsvorbehalt ist nicht zu verwechseln mit
dem Pfandrecht. Im Gegenthell, in der Verwaltungsklausel liegt
ein starker moralischer Zwang für den Käufer, seine Verpflichtungen
pünktlich zu erfüllen. Wir haben ja auch sonst Verwaltungsklauseln,
ohne daß man dagegen so hart einschreitet. Ja, der Staat selber
hat sie in seinem Gesetz, z. B. in den sozialpolitischen Gesetzen.
Wer nach dem Invaliditätsversicherungsgesetz 6 Jahre lang seine
Beiträge nicht bezahlt, geht seiner Ansprüche verloren. Und hier
will man gegen die Verwaltungsklausel vorgehen, obwohl nicht bloß
von Seiten der Produzenten, sondern auch der Konsumanten davor
gewarnt worden ist. Ich empfehle Ihnen daher unseren Antrag,
der erreicht, was Sie erreichen wollen, andererseits aber den Ab-
zahlungsgeschäften das Leben nicht verkürzt. Bei Annahme unseres
Antrages werden wir den übrigen Bestimmungen des Gesetzes
keinen großen Widerstand leisten.

Abg. Ackermann (dt.): Auch wir halten die Beibehaltung der
Abzahlungsgeschäfte für wirtschaftlich notwendig. Der Verkäufer
und der Käufer ist nach den Kommissionsbeschlüssen gleichmäßig
behandelt. Nach dem Antrag v. Bar liegt aber die Verpflichtung in
jedem Falle dem Käufer ob, der letztere ist also benachtheilt. Der
Antrag v. Bar ist auch bereits in der Kommission mit großer
Mehrheit, 12 gegen 4 Stimmen, abgelehnt worden.

Abg. Dr. v. Bar (dfr.): Die Verwaltungsklausel ist gleich zu
behandeln mit der Konventionalstrafe. Diese ist nach unserem Ge-
setz zugelassen und wirkt durchaus nicht ungünstig. Freilich wirkt
sie manchmal hart, aber alle Härten kann man doch nicht aus der
Gesetzgebung befreiten. In der juristischen Konstruktion dieses
Gesetzes befindet sich ein Widerspruch. Mein Antrag besiegelt alle
Widerstände. Sie können sich nicht beklagen, daß er etwas Neues
enthält, denn Sie haben ja dieselbe Bestimmung im Buchergesetz.
Wenn man dagegen ohne Weiteres die Rückgabe der Leistungen
feststellt, so werden die Leute die auf Abzahlung genommenen Sachen
nicht so schonen, wie sie es sonst bei der Verwaltungsklausel thun,
und der Verkäufer wird bei Zahlungsunfähigkeit des Käufers ge-
schädigt. Dadurch leidet die Solidität des Geschäftsverkehrs. (Bel-
fall links.)

Geb. Rath Dungs: Es ist Unrecht, dieses Gesetz mit dem
Buchergesetz in Zusammenhang zu bringen, wie es im Antrage
v. Bar geschieht. Denn das Buchergesetz ist noch nicht in Geltung,
und dann wird doch dadurch nicht jedes einzelne Missverhältnis
von Leistung und Gegenleistung geroffen. Dieses Gesetz soll aber
jeden einzelnen Missbrauchsfall treffen. Der Antrag v. Bar führt
auch zu zahlreichen Prozeßen.

Abg. Krämer (nat.-lib.): Der Verkäufer muß einen Schutz
gegen den Käufer haben. Wenn auch die Kommissionsvorlage eine

Verbesserung der Regierungs-Vorlage ist, so läßt sie doch noch viel
zu wünschen übrig. Meine Freunde werden, da die Kommissions-
beschlüsse doch immerhin eine Verbesserung bedeuten und den Verkäufer
nicht schlechter stellen als den Käufer, für diese stimmen.

Abg. Spahn (Zentr.) spricht sich ebenfalls für die Kommissi-
onsbeschlüsse aus, die gleiches Recht für beide Kontrahenten
schaften.

Abg. Auer (Soz.): Ich habe Namens meiner Freunde zu
erklären, daß wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen werden,
ohne damit das endgültige Urtheil abzugeben, daß der Entwurf
nicht verbessерungsbedürftig ist. Auf dem Wege, den der Antrag
v. Bar einschlägt, wird aber eine Verbesserung nicht erreicht. In
den Petitionen, die sich gegen den Entwurf richten, ist nur das
reine Geschäftsinnteresse maßgebend, der Arbeiter ist nur das de-
corum. Wenn es möglich ist, daß auf Grund von Abzahlungs-
verträgen einem Manne, der den gekauften Gegenstand bis zur
letzten Rate bezahlt hat und die letzte Rate nicht bezahlen kann,
vom Verkäufer die vielleicht über den Preis bezahlte Ware ab-
genommen werden kann, ohne irgend einem Entgelt, so ist das
eine blutige Halbschneidelei, wie sie kaum auf irgend
einem Gebiete sonst vorkommt. Solchen Entnahmen müssen
ein Ende gemacht werden. Die Abzahlungsverträge werden
so gehalten, daß der Käufer dem Verkäufer hilflos preisgegeben
ist. Es mag sein, daß der Verkäufer nicht so hart auf dem Ver-
trage besteht, wie er es dürfte, natürlich aus Kompromiss-
sichten, aber natürlich ist er zu solcher Milde nicht verpflichtet.
Uebrigens kommen Fälle harter Behandlung häufig genug vor.
Jeder Geschäftsmann hat ein Risiko, nicht bloß die Inhaber der
Abzahlungsgeschäfte. Wenn wirklich weniger Geschäfte gemacht
werden sollten infolge der Bestimmungen dieses Gesetzes, so wäre
das ein Unglück. Eine Petition aus Hamburg-Altona führt an,
daß ein junges Paar zur Gründung eines Haushandes zu
einem Abzahlungsgeschäft geht, und dort die gesammte Aus-
stattung im Werthe von 300 Mark gegen eine wöchentliche
Abzahlung von 2 Mark nimmt. Ein solcher Haushalt trägt den
Todeskeim in sich. Denn wenn nach jahrelanger Zahlung plötzlich
eine Rate ausbleibt und der Verkäufer dann das Recht hat, das
letzte Bettlaken zu nehmen, so beweist Demand, der daraufhin seinen
Haushalt gründet, ein solches Maß von Leichtfinn, daß wir alle
Ursache haben, diesen Leichtfinn zu beschränken. Wir stimmen viel
lebter mit der Linken zusammen, als mit dem Abg. Ackermann,
aber in diesem Falle können wir es nicht thun, denn wir halten
es für unsere Aufgabe, den sozial Schwächeren zu schützen, und
das ist hier der Käufer. Man befürwortet die Abzahlungsgeschäfte
mit dem Hinweis auf die Nähmaschinen. Die Nähmaschine, die die
Nähmaschinen laufen und die in der Konfektionsbranche arbeiten,
finden die am elendsten Bezahlten, die sich immer noch einen Leben-
erwerb suchen müssen, der großenteils in der Prostitution besteht.
Die Nähmaschine ist schuld an der Ausbreitung der Hausindustrie
in der Konfektionsbranche, auf Kosten der menschlichen Gesundheit,
der Moral und der Sitte. Ohne diese Abzahlungsgeschäfte wären
die Fabrikanten der Konfektions- und Weißwarenbranche genötigt,
selber Arbeitsräume herzustellen, die den gesetzlichen Ansprüchen zu
genügen hätten.

Abg. Dr. v. Bar (dfr.): Mein Antrag ist mit dem Hinweis
auf Schwierigkeiten befohlen worden, die dem Richter bei der Be-
urtheilung "übermäßiger Vortheile" erwachsen. Wenn aber der
Zivilrichter im Stande ist, darüber ein Urteil zu fällen, warum
soll es dem Strafrichter unmöglich sein? Dem Missbrauche, den
Inhaber von Abzahlungsgeschäften treiben können, wollen auch wir
entgegentreten.

Abg. Dr. Osann (nl.) erklärt sich gegen die Kommissions-
beschlüsse, die eine wahre Fundgrube für Streitigkeiten sein würden.
Kedern erklärt sich gegen das ganze Gesetz, das nicht nothwendig
ist, mitthin auch gegen den Antrag v. Bar.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte
Berathung der Vorlage, betreffend Ersatzvertheilung, Nachtragsetat,
Gesamtstädtische Abstimmung über das Buchergesetz, Bericht der Ahlwardt-
Kommission.)

Schluss gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 29. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des **Kommunalabgaben-Gesetzes**
wird fortgesetzt bei § 45. Derselbe lautet:

"Die vom Staate veranlagten Realsteuern sind in der Regel
mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte
höheren Prozentsatz der Kommunalsteuer heranzuziehen, als Zu-
schläge zur Staatseinkommensteuer erhoben werden."

So lange die Realsteuern 100 Prozent nicht übersteigen, ist die
Freilassung der Einkommensteuer oder eine Heranziehung derselben
mit einem geringeren als dem im ersten Absatz bezeichneten Pro-
zentzage zulässig.

Werden mehr als 150 Prozent der staatlich veranlagten Real-
steuern erhoben, und ist die Staatseinkommensteuer mit 150 Proz.
belastet, so können von dem Mehrbetrag für jedes Prozent der
staatlich veranlagten Realsteuern 2 Prozent der Staatseinkommen-
steuer erhoben werden."

Mehr als 200 Prozent der Realsteuern dürfen in der Regel
nicht erhoben werden.

Ein Antrag Bachem will in Absatz 3 die Zahl 150 durch 100
ersetzen.

Abg. Mies (Zentr.): Ich erkenne an, daß die Kommissions-
fassung eine bedeutende Verbesserung der Regierungs-Vorlage ist.
Aber doch genügt sie noch nicht den Ansprüchen, die man an eine
grundlegende Reform stellen sollte, nämlich der Beseitigung der
Doppelbesteuerung. Nach dem Kommissionsvorschlag werden, wenn
200 Prozent Realsteuern erhoben werden, 250 Prozent Einkommen-
steuer erhoben. Wir wollen diesen Übelstand durch den Antrag
Bachem beseitigen, der die 2 Prozent der Staatseinkommensteuer
für jedes Prozent der mehr veranlagten Realsteuern schon bei der
Erhebung von 100 Prozent der Realsteuern erheben will.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Amonceu-Expeditionen
Ind. Pol. Handels & Posten &c.
G. L. Danke & Co., Präsidenten.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Hirsch
in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:

J. Hirsch
in Posen.

Montag, 1. Mai.

1893

Inserate, die schriftgefasste Petitionen oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erhebung für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Abg. v. Tiedemann Bonst (frz.): Wir werden, um nicht
das Gesetz überhaupt zu gefährden, zumal bei dem energischen
Widerstand des Finanzministers gegen einen in der Kommission
gestellten Antrag des Zentrums, für die Kommissionsbeschlüsse stim-
men und den Antrag Bachem trotz aller Sympathie für denselben
ablehnen.

Abg. Schmitz-Eckelenz (Zentr.): Das Gesetz belastet den
Grundbesitz in erheblichem Maße. Ich freue mich über die Aus-
beutung des Kapitalbesitzes, da er ein Zettchen wirtschaftlicher
Stärke ist, aber seine Bevorzugung muß sich in gewissen Grenzen
halten. Auch nach unserem Antrag wird der Grundbesitz noch
immer schlechter stehen als der Kapitalbesitz. Ich hoffe, daß diejenigen,
die der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften so ener-
gisch entgegentreten sind, ihre Kräfte daran setzen werden, um
auch die Überlastung des Grundbesitzes zu hindern. In noch
höherem Maße aber hoffe ich auf die Zustimmung der Rechten.
Sie dienen damit den Interessen des Vaterlandes. (Beifall im
Zentrum.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die Vorlage ging
davon aus, daß die Realsteuern und Einkommensteuern gleich
herangezogen werden können. Die Kommission belastet die Ein-
kommensteuern doppelt so hoch als die Realsteuern. Hierüber geht
der Antrag zu weit hinaus. Der Vorredner hat darin Recht, daß
die Bestimmung verschiedenartig im Osten und im Westen wirken
wird. Das ist aber auch bei Annahme des Antrages der Fall.
(Sehr richtig.) Hiergegen gewährt das Gesetz doch eine Menge
Rauteilen. (Beifall rechts)

Abg. Dr. Potthius (b. l. Frakt.) bittet, den Kommissions-
beschluß anzunehmen.

Abg. Humann (Zentr.) bemerkt, durch den § 45 werde gerade
der Mittelstand besonders hart betroffen. Zur Vermeidung der
Überbelastung des Realbesitzes empfiehlt sich die Annahme des
Antrages Bachem.

Abg. v. Buch (fonz.): Nach reiflicher Prüfung haben wir
die Kommissionsbeschlüsse für annehmbar gefunden, obgleich sie
den Wünschen nicht ganz entsprechen.

Abg. Hesse (Zentr.) spricht die Hoffnung aus, daß in dieser
Frage noch zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Einigung
zwischen dem Zentrum und den Konservativen sich erreich-
lassen werde. Schon das Verhältnis, wie es der Antrag Bachem
vorstellt, werde zu einer Mehrbelastung des Grundbesitzes im
Westen führen.

Finanzminister Dr. Miquel: In Rheinland und Westfalen
finden die Kommunalsteuern bisher in einer durchaus irrationellen
Weise geregelt. Ohne jede Rücksicht werden die Kommunalsteuern
auf die Personalsteuern gelegt, das konnte geschehen, weil die
großen Vermögen staatlich nicht genügend herangezogen waren.
Diese Verhältnisse werden sich nach dem § 45 ganz anders regeln.
Die ganze Steuerreform wird namentlich die Mittelklassen ent-
lasten. Die höchsten Klassen zahlen am meisten, während sie
früher relativ am wenigsten zahlten. Wenn der Staat die Real-
steuern preisgibt, so ist er zweifellos gezwungen, durchzuführen,
daß die Personalsteuern nicht durch Zuschläge übermäßig be-
lastet werden. Der Aufsichtsrat steht die Befugnis, eine
anderweitige Vertheilung zwischen Personal- und Realsteuern in dem
Interesse, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer nicht zu hoch
werden, durchzuführen nicht zu. Ich lege Wert darauf, daß
Sie deshalb den Kommissionsbeschluß anzunehmen. (Beifall
rechts)

Abg. Dr. Ennecerus (nl.) befürwortet die Annahme des
Kommissionsbeschlusses, da danach die Gemeinden die Freiheit hätten,
die Steuern nach ihren Bedürfnissen zu vertheilen. Der Antrag
Bachem bietet den Realsteuerarten sehr wenig, können aber sehr
viel schaden, indem er vielleicht diese ganze Gesetzgebung zum
Scheitern bringen könnte.

Abg. Dr. Bachem (Ztr.) erklärt, er habe sich in seinem
Antrag schon weitgehende Beschränkung unterlegt, nur aus Rücksicht
auf die gesamte Lage.

Abg. Frhr. v. Quene (Ztr.) tritt für den Kommissionsbeschluß
ein. Früher sei die Einkommensteuer viel niedriger veranlagt ge-
wesen als jetzt. In Folge dessen habe sie auch höhere Zuschläge
vertragen können. Jetzt sei das anders geworden. Um sühbare
Mißstände zu beseitigen, sei § 45 zu Stande gekommen.

während das nach der Kommissionsvorlage der Fall sein muss. In erster Linie empfahl er jedoch die Annahme eines Antrages v. Friedemann, nach dem der ganze Paragraph beschränkt werden soll auf den Satz: „Zur Deckung des durch Realsteuern aufzubringenden Steuerbedarfs sind — unbeschadet der Bestimmungen in § 7 und § 16 — die veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern mit dem gleichen Prozentsatz heranzuziehen.“

Minister Miquel meint, eine Vorbelastung der Gewerbetreibenden sei doch dann gerechtfertigt, wenn sie besondere Vortheile von einzelnen Veranstaltungen der Gemeinden hätten.

Abg. v. Friedemann-Labitschin (sl.) begründet seinen Antrag aus praktischen Gesichtspunkten.

Abg. Dr. Sattler (nl.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein.

Abg. Dr. Meyer (fr.) hält es für das Beste, hier den Antrag Friedemann anzunehmen, und dann in § 48 Bestimmungen zu treffen, daß bei Einführung besonderer Steuern die Unterschiedungen gemacht werden dürfen, die hier vorbehalten sind.

§ 47 wird hier unverändert angenommen.

Alsdann wird die weitere Verathung vertagt auf Montag 11 Uhr.

Schluss 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Grafen Caprivi und dem schweren Reiterflügel des Zentrum s vollig gescheitert sind, besteht nirgends mehr ein Interesse daran, noch die Gelegenheit zu einer dritten Lesung der Militärvorlage herbeizuführen. Diese Gelegenheit wäre zu ermöglichen, wenn § 1 der Vorlage, der die zweijährige Dienstzeit betrifft, angenommen würde. Die Konservativen stellen gerade an diesem Punkte die Opposition dar; sie würden den § 1, auch mit gezielicher Fixierung der zweijährigen Dienstzeit, annehmen, wenn sie eine Sicherheit hätten, daß die Erhöhung der Präsenzziffer ziemlich unverkürzt durchginge. Da dies aber ausgeschlossen ist, so werden sie den § 1 zu Falle bringen helfen. Die Auflösung des Reichstags wird sich hiernach unmittelbar an die Abstimmung über § 1 anschließen. Der Kaiser wird schon während der 2. Lesung, vermutlich schon zu ihrem Beginn, wieder in Berlin sein. Knüpft sich die Verlesung der Auflösungsordre unmittelbar an die Abstimmung über § 1 an, so wird sich das Eigenthümliche ergeben, daß als äußerlich er Grund der Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Reichstag gerade derjenige Theil der Vorlage erscheinen wird, zu welchem die Regierung der Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags wie der gesamten Nation sicher sein darf. Man muß abwarten, ob die Regierung versuchen wird, dies Moment taktisch zu verwerthen. Helfen würde es ihr freilich wenig. Im Reichstage ist jetzt großes Ausarbeiten. Alles, was nur irgend gesichert werden kann, wird in dritten Lesungen erledigt. Mit der Abstrafung Ahlwardts wird es der Reichstag an diesem Dienstag hoffentlich kurz machen. Das Beste wäre, wenn jede Partei kurze Erklärungen abgeben ließe, und wenn man den Patron dann seinem Böbel überließe, vor dem er für 20 Pf. Entree seine moralischen wie seine körperlichen Blößen zeigen mag. — Während im Reichstage schwere Krisen sich vorbereiten, arbeitet das Abgeordnetenhaus unter der klugen, besänftigenden Hand eines Miquel mit behaglichem, ehrsamem Fleiß weiter an der Steuerreform. Ganz sachte wird Stein auf Stein geschichtet, und ehe man zur Bestimmung darüber kommen wird, wird die Reform durchgeführt sein. Kommt man in das Abgeordnetenhaus, so muß man immer wieder erstaunen über die absolute Theilnahmslosigkeit des Publikums. Gestern sahen wir auf sämtlichen ziemlich umfangreichen Tribünen des Hauses wohlgezählte drei Neugierige. Die Einzelheiten der rein technischen Berathungen können allerdings nicht interessieren, und auch den Abgeordneten wird nichts Uebles nachgesagt, wenn man vermutet, daß sie nicht sämtlich in das Paragraphen-Gefüll dieser Vorlagen eingedrungen sind. Es sind immer die nämlichen Redner, die das Material beherrschen und die allein das Wort nehmen.

Wolffs Bureau meldet: Wie wir aus guter Quelle hören, will der Kaiser mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und die folgenschweren Beschlüsse, welche in der nächsten Woche im Reichstage zu erwarten stehen, den Besuch in Karlsruhe abkürzen und den im Anschluß daran geplanten Ausflug nach Schlesien ganz aufgeben.

Nach der „Post“ wurde in der Unterredung zwischen dem Papst und dem Staatssekretär v. Marschall die Jesuitenfrage nur ganz flüchtig berührt. Die Ordensauszeichnung des Kardinal-Staatssekretärs Ramolla habe durchaus keine andere Bedeutung als die, daß es aufgefallen sein würde, wenn sie nicht erfolgt wäre.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Bekanntmachung des Staatskommissars Oberpräsidenten v. Gössler über die Gesundheitspflege im Weichselgebiet.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Zusatz-Überblick zu dem deutsch-equalischen Abkommen vom 1. Juli 1890, wonach das rechte Ufer des Rio del Rey von dem näher bestimmten oberen Ende des Rio del Rey bis zum Meere die Grenze zwischen dem Öl-River-Protektorat und der Kamerun-Kolonie bildet. Deutschland ist verpflichtet, auf dem rechten Ufer des Rio del Rey keine Handelsniederlassung zu gestatten. Die Verwaltung des Öl-River-Protektorates ist verpflichtet, auf dem westlichen Ufer der Bokassay-Halbinsel vom ersten Punkt unterhalb des Arctobondoros bis zum Meere und ostwärts von dem Ufer bis zum Rio del Rey keine Handelsniederlassungen zuzulassen.

Gegen den antisemitischen Agitator Schwennhagen ist auch wegen der Angriffe auf den Finanzminister Miquel in Versammlungen ein Strafverfahren eröffnet worden.

Bezüglich der Meldungen, wonach der Polizeidirektor in Guritiba im Staate Paraná Ende Februar Gewaltthaten gegen Deutschen begangen hätte, weil diese die Hergabe ihrer Grundstücke für öffentliche Zwecke verweigert hätten, schreibt die „Nord-Allgem. Zeit.“: Nach einer Meldung der deutschen Vertretung in Brasilien seien Reichsbangabteige bei dem Vorfall nicht

beteiligt gewesen, für das Reich sei also kein Anlaß vorhanden, sich für die angeblich Verlebten amlich zu verwenden.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 29. April. Die Ahlwardt-Kommission hält heute ihre letzte Sitzung ab. Die Referenten v. Cuny und Borisch beantragen am Schluss derselben, zu erklären, „daß der Inhalt der von dem Abg. Ahlwardt dem Reichstag übergegebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18., 21. und 22. März und 25. April d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstages und des Bundesrats er hobene Anschuldigungen nicht recht fertigt.“ Diese Resolution wird hinsichtlich des Invalidenfonds mit allen Stimmen gegen die des Abg. Biedenbach, hinsichtlich aller übrigen einstimmig angenommen. Den mündlichen Bericht für das Plenum werden die Abg. Dr. v. Cuny und Dr. Borisch erstatten. Die Kommission beauftragte zugleich einen im einzelnen den Referenten, in ihrem Auftrage im Plenum zu erklären, daß, wenn der Abg. Ahlwardt ein Atom von Verständnis hinsichtlich der von ihm erhobenen Anschuldigungen oder eine Spur von Ehrliebe besäße, er verpflichtet sei, die erhobenen Beschuldigungen zurückzunehmen. Im einzelnen heben wir aus den Kommissionsverhandlungen nach der „Frei. Btg.“ noch Folgendes hervor: Die weitere Untersuchung der Ahlwardtschen Akten durch die Referenten hat festgestellt, daß die etwa belangreichen Briefe im Original schon im März dem Senatorenkongress von Ahlwardt überreicht worden sind, während er jetzt die Abschriften davon übergeben hat, ohne zu ahnen, daß die früheren „Akten“ diese Schriftstücke schon im Original enthielten. Ahlwardt hat also selbst gar keine Kenntnis seines Materials. Ahlwardt gab dem Referenten als Quelle seiner Angaben über Miquel eine Druckschrift von Beta an, welche er aber nicht einmal richtig zitiert habe. Die Diskontogesellschaft machte breitliche Mitteilung über ihre Vorschüsse an die rumänische Bahn. Für diese Vorschüsse, in Summa 14 Millionen Mark, wurde zuerst nur der übliche Satz von 1½ Prozent Provision pro Quartal berechnet; erst als sich eine sehr große und langandauernde Inanspruchnahme des Kredits und damit ein sehr hohes Risiko ergab, wurde auch die Provision erhöht, es betrugen aber Zins und Provision zusammen nur 8 Prozent, unter solchen Umständen ein mäßiger Satz. Ahlwardt erklärt, die Unterschrift „Metzner“ unter den Briefen zeige, daß ein Komitor-dörfer in Abweisheit des Direktors mit unterschrieben habe. (Sehr große Heiterkeit!) Der Vorstand endete Ahlwardt darauf aufmerksam, daß die betreffende Unterschrift von einem ganz anderen Metzner herrührt, nicht dem Gehilfen Ahlwardts, sondern einem Profuristen der Diskontogesellschaft. Ahlwardt bleibt dabei, daß aus den Briefen der Zinsfakt von 16—35 Prozent, also eine Beweisnahme seitens der Diskontogesellschaft, hervorgeht. Er habe also für diesen Punkt vollen Erwweis erbracht. Abg. Dr. Vorsch: Herr Bebel und ich haben heute von 9—11 Uhr uns vergeblich bemüht, Herrn Ahlwardt klar zu machen, daß von 35 Prozent keine Rede sein kann. Herr Bebel, der verhindert ist, der heutigen Kommissionsitzung beizuwohnen, sagte schließlich zu Ahlwardt: Dann könne selbst Adam Riese ihm nicht helfen. Minister Miquel weist aus dem stenographischen Bericht über die Gerichtsverhandlungen gegen Gehilfen nach, daß er keine Aussagen betrifft des Zinsfaktes ausdrücklich nur nach Hörensagen abgegeben hat, da er zur Zeit der Vorgänge dauernd von Berlin abwesend war. Direktor Aschenborn giebt eingehende Auskunft über die damaligen zeitweiligen Anlagen der Gelder aus der Kriegskostenentlastung, welche über 11 Mill. Mark Gewinn ergeben haben. Unter diesen Umständen kann der Vorstand an die rumänische Eisenbahn unter Bürgschaft von zwei absolut sicheren Bankhäusern, welcher Vorstand 4,5 Prozent Zinsen ergab, nur als ein gutes Geschäft betrachtet werden. Zu dieser Zeit waren in der That noch erhebliche Überschüsse vorhanden. Abg. Vorsch weist dem Abg. Ahlwardt bei seinen wiederholten Versuchen einen Zinsfakt von 16 bis 35 Prozent herauszurechnen, nach daß er unfähig sei, derartige Rechnungen zu begreifen, ebenso wie er unfähig sei, sich aus den überreichten Akten herauszufinden. Wo bleiben, fragt Abg. Vorsch, die Hunderte von Millionen, um die das deutsche Volk betrogen sein soll? Abg. Biedenbach glaubt zwar dem Abg. Ahlwardt so wenig, wie die anderen Kommissionsmitglieder, wünscht aber, daß, zur Beseitigung aller Zweifel im Publikum, die Kommission durch einen vereideten Bucherreviseur die Bücher der Diskontogesellschaft prüfen lasse. Abg. Dr. Lieber: Nicht die Kommission hat zu beweisen, sondern der Abg. Ahlwardt hat seine Anschuldigungen zu beweisen. Selbst die Originalbriefe, auf die er sich jetzt stützt, sind durch Mitglieder der Kommission in ihrer Wertlosigkeit klar gestellt worden. Der Referent hat die Zinsrechnung für jeden Vermütligen klar gelegt. Schon jetzt ist über allen Zweifel erhaben, daß alle Anschuldigungen Ahlwardts nur für irreführende Behauptungen sind. Wir sollten Ahlwardt nicht den Gefallen thun, die Sache hinzuziehen; diese Beziehung erregt ihm nunmehr nicht nur moralischen, sondern physischen Ekel. Abg. Ahlwardt glaubt den Ausdruck „physischen Ekel“ auf einen Vorfall in der Freitagssitzung beziehen zu müssen. Ahlwardt war nämlich, wie damals berichtet, vom Vorsteiger der Kommission Grafen Ballestrem veranlaßt worden, seine Kleider, welche sich in unanständiger Weise verstoßen hatten, zu ordnen. — Ahlwardt führt nunmehr aus, daß ihm auf der Pferdebahn an einer peinlichen Stelle eine Nahaufnahme sei. Aus Anlaß dieses Vorfalls sei Infanterie in der Preßsa gegen ihn verübt worden. Ahlwardt suchte Mitglieder der Kommission, die er nicht näher bezeichnete, zu verdächtigen. Dadurch zieht er sich zwei Ordnungsruhe Seitens des Vorsitzenden zu. Nun erklärt Ahlwardt plötzlich, indem er sich der Tür des Kommissionszimmers nähert: „Wenn ich hier von der Kommission, also von meinen Richterherren, in dieser Weise behandelt werde, dann kann ich den Verhandlungen der Kommission überhaupt nicht mehr teilnehmen.“ Sprachs und entfernte sich. Nach diesem Abzuge, welcher an die Komödie des Reichsanwalts Hertwig im Löwenprozeß erinnerte, stellte Abg. Dohrn fest, daß Ahlwardt in einer gestern abgehaltenen Versammlung eine neue indirekte Verdächtigung ausgesprochen habe. Er sagte nämlich, „er wolle nicht gerade behaupten, daß von den eingestellten Akten jetzt gewisse Stücke fehlen, oder daß sie in böswilliger Weise in Unordnung gebracht seien.“ Der Vorsitzende stellt dem gegenüber fest, daß sich die Akten unter der Aufsicht der Referenten oder sonst unter Verschluß befunden haben und sich in demselben Zustande noch heute befinden, wie sie von Ahlwardt eingeliefert worden sind. Abg. Vorsch ging dann noch einige Anschuldigungen Ahlwardts durch, die angeblichen Preßbestechungen und Wechselstempelsteuerdefraudationen, für welche keinerlei Beweis erbracht worden sei, auch nicht durch ein von Black, dem Helfershelfer Ahlwardts, neu überreichtes Altenheft. Diese nachträgliche Ueberreichung war um so bemerkenswerther, als Ahlwardt bei Beginn der Verhandlungen am Mittwoch erklärte, daß er nunmehr kein einziges Altenheft zurückbehalten habe. Abg. Biedenbach erklärt, daß die Anschuldigungen gegen Herrn Miquel durchaus widerlegt werden seien. In Bezug auf den Invalidenfond aber behauptet er, daß die Diskontogesellschaft an dem Verkauf der Papiere für den Invalidenfond einen Reingewinn von 21 Millionen Mark gemacht habe, wie sich aus dem Jahresabschluß derselben ergebe. Direktor Aschenborn widerlegt dies damit, daß der Reichsinvalidenfond überhaupt nur von der See-

handlung Effekten gelaufen habe. — Hierauf schritt die Kommission zu Abstimmung über die eingangs erwähnten Anträge.

L. C. Berlin, 29. April. Dem Reichstage ist der Bericht des Abg. Rimpau betr. die Verhandlungen der Petitionskommission über die für bzw. gegen den Abschluß der Handelsverträge mit Russland, Rumänien und Spanien eingereichten Petitionen zugegangen. Für weitere Verträge lagen nur 3 Petitionen vor, von dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Danzig, von einer Anzahl Landwirthe aus Karlsruhe in Böhmen und von Ackerbau-, Handel- und Gewerbetreibenden Danzigs. Dagegen beläuft sich die Zahl der Petitionen gegen weitere Verträge auf 1033. Darunter befinden sich Petitionen des Zentralvereins westpreußischer Landwirthe, des östpreußischen Zentralvereins, des landwirtschaftlichen Vereins des Fürstenthums Waldeck, der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Schlesien, des deutschen Bauernbundes u. s. w. Bei der Beratung der Petitionen in der Kommission gab der wegen seiner Thätigkeit bei den Verhandlungen mit Österreich-Ungarn u. s. w. vielfach angegriffene Geh. Ob.-Reg.-Rath Huber eine ausführliche Erklärung ab, in der er auch die Vorwürfe, welche gegen die bereits in Kraft getretenen Handelsverträge erhoben worden sind, eingehend erörterte und widerlegte. Bezüglich der Verhandlungen mit Russland erklärte er, für Deutschland komme lediglich die eventuelle Einräumung des bestehenden Konventionaltariffs in Betracht. Viehseuchenvonvention oder sonstige vertragsmäßige Erleichterungen der veterinarpolitischen Vorschriften seien nicht beabsichtigt. Die vollwertigen Äquivalente, welche Deutschland von Russland fordere, lägen im Wesentlichen auf dem Gebiet des russischen Zolltariffs. Die Angelegenheit sei indessen über die ersten Stadien der Vorverhandlungen noch nicht hinausgediehen. Geh. Rath Huber weiß alsdann die im preußischen Abgeordnetenhaus laut gewordenen Behauptungen über die angeblich parteiliche Vernehmung der Sachverständigen zurück; namentlich konstatiert er auf Grund der Enqueteprotokolle, daß der Abg. Bopeltus sich getröst habe, als er behauptete, den Sachverständigen sei vermehrt worden, sich über die Eventualität einer Herabsetzung der Getreidezölle auszulassen. Sonnehe z. B. die von dem als Vertreter der Glasindustrie erschienenen Delegierten abgegebene Aeußerung über die Landwirtschaft einen größeren Raum ein, als die über die Glasindustrie selbst. Vorüber hinaus alsdann die im Abgeordnetenhaus als Vertreter der Interessen der Glasindustrie getreute und behauptete, dieselbe würde zu Gunsten der Landwirtschaft auf jede Begünstigung gern verzichten! Gegenüber den Klagen über den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn konstatiert Geh. Rath Huber, daß die Herabsetzung der Zölle noch nicht ein Prozent der Werthe betrage, während jetzt noch die wichtigsten Getreidearten, Weizen und Roggen durch einen Zoll von 22—23 Prozent vom Werthe geführt seien! Der Preisfall des Getreides in den letzten Jahren sei der Zollermäßigung weder allein noch vorzugsweise zu zuschreiben; derselbe sei ganz überwiegend durch die reichliche Ernte und die Weltkonjunktur veranlaßt. Bei einer Erhöhung der Zölle um 1½, d. h. würden die alten Preise sicherlich nicht wiederkehren. Auch die Klagen über nicht genügende Berücksichtigung der Interessen der Industrie weist Geh. Rath Huber in überzeugenden Ausführungen zurück. Nach einem Hinweis auf die französische Handelsvertragspolitik der 60er Jahre schließt Geh. Rath Huber seine Ausführung mit folgenden Sätzen: „Frankreich bat auf diese leidende Rolle jetzt verzichtet und Deutschland im Verein mit Österreich-Ungarn haben die Bügel in die Hand genommen, um den drohenden Zollkrieg aller gegen Alle zu verhindern. Dieses Ziel ist durch Opfer erreicht worden, welchen auf der anderen Seite mindestens gleichwertige Vortheile gegenüberstehen, und welche auf alle Fälle weit zurückbleiben hinter den schweren Schädigungen, welche mit einem allgemeinen Zollkrieg für das deutsche Vaterland verbunden gewesen wären.“

L. C. Berlin, 29. April. Das Zentrum hat, wie verlautet, auf die Beratung des Jesuiten antrags vor der Entscheidung über die Militärvorlage verzichtet.

Das deutsche Kaiserpaar in Italien.

Am Freitag unternahm das Kaiserpaar in Begleitung des italienischen Königsparäres an Bord des Panzerchiffes „Levante“ eine Rundfahrt auf dem Golf von Neapel, bei welcher Gelegenheit das italienische Kriegsgeschwader bestimmt wurde. Nachdem der „Levante“ das unter dem Kommando des Herzogs von Genoa stehende Geschwader sowie S. M. Schiff „Nixe“ passiert hatte, deren Besatzung mit begeistertem Hurrah grüßte, nahm das italienische Panzer Schiff die Richtung auf Pozzuoli und das Cap Miseno und setzte sodann die Fahrt bis nach Capri fort, von wo die Rückfahrt an Massa und Sorrente vorüber nach Neapel erfolgte. Der Kaiser begleitete die verschiedenen Manöver des Schiffes mit der größten Aufmerksamkeit und drückte wiederholt dem Marineminister Räschia seine volle Anerkennung über die Vollendung der Ausbildung der Mannschaften und der vorgenommenen Manöver des Geschwaders aus. Während der Fahrt veranstaltete der große Panzer „Humber“, welcher von Minister Brin erbaut ist, ein Scheibenchießen mit schwerem Geschütz. Der Kaiser sprach dem Minister Brin seine Glückwünsche zu dem Gelingen des prächtigen Schiffes aus und kündigte ihm bei dieser Gelegenheit an, daß er ihm seine Büste in Marmor zum Geschenke mache. Bevor der Kaiser ans Land ging, begab er sich mit dem Herzog von Genoa und dem Marineminister an Bord des Torpedo 103 „Schichau“, welches mit Petroleum gesetzt wird, und machte mit demselben eine kurze Fahrt. Um 8 Uhr Abends kehrten das deutsche und das italienische Königsparäre von dem zehntägigen Ausfluge höchst befriedigt, nach dem Balai zurück. Abends fand eine Galavorstellung im Theater San Carlo statt, welche überaus zahlreich besucht war. Dem italienischen Königs- und dem deutschen Kaiserpaar, welche 10 Uhr 30 Minuten das Theater betreten, wurde von den Anwesenden, die sich von den Sitzen erhoben, eine große Demonstration bereitet. Die Musik spielte die italienische und preußische Nationalhymne. Am Ende des Lohengrinalters erneuerte sich der Beifallsjubel. Das Publikum verlangte unter lebhaftem Beifallsklatschen die preußische Nationalhymne und dann die Königshymne. Unter wiederholten Ovationen verließ das Kaiser- und Königsparäar und die Prinzen, während die Musik erneut die preußische und die italienische Hymne spielte, das Theater.

Am Sonnabend Vormittag begaben sich das deutsche Kaiser- und das italienische Königsparäar nebst Gefolge von Neapel aus nach Pompeji. Längs der ganzen Eisenbahnstrecke und auf allen Bahnhöfen bereitete die zahlreich zusammengekommene Bevölkerung lebhafte Ovationen. Die selbe Begeisterung zeigte sich bei der Ankunft in Pompeji, wo sich sämtliche Vereine und eine große Menschenmenge eingehend die Ruinen der alten Stadt. Die Kaiserin Auguste Viktoria und die Königin Margherita benutzten bei diesem Rundgang zierliche Sänten statt. Später wohnte man mit lebhaftem Interesse den weiteren Ausgrabungen eines schönen, erst vor wenigen Tagen entdeckten Hauses bei. Es wurden während der etwa zweistündigen Ausgrabungen mehrere antike Gegenstände gefunden, vor allem ein Lager von Amphoren und größeren Weinkrügen. Nach Beendigung der Ausgrabungen begab sich das Kaiser- und

das Königspaar nach den Stabianer Thermen, wo sie das Dejener einnahmen. Um 2½ Uhr erfolgte unter erneuten Ovationen die Rückfahrt nach Neapel. Um 3½ Uhr traf man wieder im Schloß ein.

Am Sonntag Vormittag besuchte der Kaiser und die Kaiserin in Neapel die unter der Leitung des Professor Dohrn stehende zoologische Station, zu deren Erhaltung die deutsche und die italienische Regierung gemeinsam befragten. Das Kaiserpaar besichtigte die Arbeiten und Sammlungen mit großem Interesse und sprach sich sehr anerkennend über die wissenschaftlichen Leistungen des Instituts aus. Sodann wohnten der Kaiser und die Kaiserin dem Gottesdienste in der protestantischen Kapelle bei. Nachmittags besuchte die Kaiserin mit der Königin von Italien zusammen in Neapel das Museum. Der Kaiser, der König und die italienischen Prinzen unternahmen in drei Wagen auf der die Meerestiefe entlang führenden Straße eine Spazierfahrt.

Montag Vormittag werden der Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Auguste Victoria, sowie der König Humbert und die Königin Margherita in Spezia eintreffen und sich am Bord der Yacht "Savoia" begeben. Es folgt alsdann ein Besuch von Porto Venere, wo das Frühstück eingenommen werden soll, und ein Besuch der Insel Palmaria zur Begleitung des Grusonischen Panzerthurnes. Hierauf werden die Majestäten einem Schießen der Forts Santa Teresa, Bianelloni und Falconare bewohnen und sich nach Lexit behufs Besichtigung der Batterie Miralunga begeben. Um 5 Uhr Nachmittags soll die Rückfahrt zur Stadt erfolgen, wo dieselben am Arsenal eine Revue der Eleven der Marine Akademie abzunehmen gedenken. Später nehmen dieselben an einem Gartenfest bei dem Kommandanten des Marine-Departements Theil. Die Abreise und Rückfahrt durch die Schweiz werden der Kaiser und die Kaiserin am Montag voraussichtlich noch vor 7 Uhr Abends antreten.

Polnisches.

Posen, 1. Mai.

d. In dem Artikel in Betreff der Worte des Kaisers an den Kardinal Ledochowski (i. Nr. 100) röhrt vom "Kurver Bozn." nur die Bemerkung her: "Was für eine Nativität! Hat denn der Kardinal jemals zu erkennen gegeben, daß er Deutschland besuchen wolle?!" Die dann folgenden thäthlichen Mittheilungen über den Kardinal sind nicht vom "Kurver", sondern von uns gemacht worden.

Lokales.

Posen, 1. Mai.

* Vom Wetter. Gestern schien es anfangs, als ob uns endlich der länger ersehnte Regen zu Theil werden sollte. Ein feiner Dunst erfüllte allenhalben die Luft und die Sonne war wie mit einem grauen Schleier bedeckt; der ziemlich frische Wind, welcher am frühen Morgen wehte, erhielt jedoch die Luft andauernd kühler. In den ersten Stunden des Nachmittags ballten sich am Westen dicke Wolkenmassen, welche offenbar einen gewitterartigen Charakter hatten, zusammen, und bald nach zwei Uhr brach ein heftiger Sturm los, welcher solche Massen von Staub in die Luft emporwirbelte daß der Himmel ein merkwürdiges, schwefelgelbes Aussehen zeigte. Der erwartete Regen blieb jedoch fast vollständig aus, erst nachdem die Wolken sich zum Theil schon verzogen hatten, fielen ein paar Tropfen Feuchtigkeit, welche jedoch von der durstigen Erde sofort eingesaugt wurden, ohne auch nur nach wenigen Minuten noch eine Spur zurückzulassen. Die Spaziergänger, welche gestern ins Freie hinauspilgerten, hatten denn auch nach wie vor unter dem häflichen Staub stark zu leiden. Heute Vormittag, wo wir diese Zeilen schreiben, weht wiederum ein ziemlich kräftiger Wind, trotz der ziemlich starken Wollensbildung scheint es, als ob auch die Atmosphäre ihren Feuchtigkeitsgehalt vollständig eingehüttet hätte. Fast wäre man versucht, dem tyrannischen Wetter mit Cicero ein "Wie lange noch?!" zuzutun.

p. Privatnachtwächter. Die Hauseigentümer der Berliner-, Victoria- und Paulstrasse haben sich nun ebenfalls entschlossen, einen Privatnachtwächter anzustellen. Der engagierte Mann ist ein früherer städtischer Nachtwächter.

p. Aus Jersik. Am Sonnabend Abend verjüngte ein Kutschler, welcher Langholz für eine Posener Maschinenfabrik anfuhr, in der Großen Berliner Straße einen drei Meter langen Stamm zu verkaufen. Bei dem Herannahen eines höheren Polizeibeamten ergriff indessen der Kutschler unter Zurücklassung des Stammes die Flucht. Der Mann konnte jedoch bereits gestern ermittelt werden, da er im Orte sehr bekannt ist.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 29. April. Die auswärts verbreiteten Meldungen über einen hier vorgekommenen choleraverdächtigen Fall sind nach zulässigen Mittheilungen ganz unbegründet. Die beobachtete Person hatte einen Brechdurchfall und befindet sich bereits wieder im Wege der Besserung.

Deggendorf, 29. April. Der biesige Bürgermeister und Landtag abgeordnete Menzinger ist wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu vierzehn Tagen Gefängnis, 150 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Gesamtkosten des Verfahrens verurtheilt worden.

Petersburg, 29. April. Der Minister von Giers ist in Barskoje Selo eingetroffen und wird sich einige Zeit dasselbe aufzuhalten.

Amsterdam, 30. April. Heute fand außerhalb der Stadt unter freiem Himmel eine Versammlung des Arbeitervereins "Constantia" statt, an welchem etwa tausend Personen teilnahmen. Dieselbe verlief ohne jeden Zwischenfall. — Auch eine in Haag abgehaltene und von etwa 600 Arbeitern besuchte Versammlung verlief in vollkommener Ruhe. — Nach den bisher aus den Provinzen vorliegenden Meldungen ist es nirgends zu einer Störung der Ruhe gekommen.

Paris, 29. April. Die Deputiertenkammer nahm einen Gesetzentwurf Melnes, betreffend die Organisation des landwirtschaftlichen Kredites, an. Ebenso wurde der Antrag Villebois-Mareuil, betreffend die Auschließung von ausländischen Cöllissiers von der Börse, mit 171 gegen 5 Stimmen angenommen.

Paris, 29. April. Wie von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, sind die seit Jahresfrist geprägten Beziehe von acht Prälaten restituirt worden; nur gegenüber dem Erzbischof Gouth-Soulard von Aix ist die Sperrmaßregel noch aufrecht erhalten werden.

Paris, 30. April. Wie verlautet, hat Constans den ihm angebotenen diplomatischen Posten in Rom abgelehnt.

Paris, 30. April. Nach Meldungen aus Orient soll die choleraartige Epidemie, die dort herrschte, jetzt vollständig erloschen sein.

Paris, 30. April. Der Eisenbahnerkongress beendete heute Vormittag seine Arbeiten und stimme dem achtfürzigsten Maximalarbeitsstag zu. Außerdem beschloß der Kongress, an dem im Monat August in Zürich stattfindenden Kongress Theil zu nehmen und die Organisation für einen in Frankreich im Jahre 1894 zu veranstaltenden Kongress einzuleiten.

Marseille, 29. April. Nach hier eingegangenen Melbungen aus Dahomey hat die französische Streitmacht keine weiteren Fortschritte gemacht; im Norden von Abomey behauptet König Behanzin unausgesetzt das Feld.

London, 29. April. Dem "Standard" wird aus Simla gemeldet, nach einer Mitteilung von gut unterrichteter Seite strebe Russland eine Grenzregulirung an, indem es von Persien die Abtretung des Gebiets um Kuschan und Kelatinadiri verlangt. Der Schah von Persien stehe diesem Verlangen durchaus ablehnend gegenüber.

Hull, 29. April. Zwischen den Rhedereibesitzern und den Streifenden sind aufs Neue Verhandlungen eingeleitet worden.

Christiania, 29. April. Der König empfing heute den Staatsminister Stang, welchen er ersucht, die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen. Staatsminister Stang erklärte sich dazu bereit.

Madrid, 29. April. Nach einer hier eingetroffenen amtlichen telegraphischen Meldung aus Kuba sind dabei zwei Truppen bewaffneter Insurgenten aufgetreten, welche eine Zuckerplantage in Brand stießen und mehrere Herbergen plünderten. Es sind bereits Truppen gegen die Aufrührer abgegangen.

Berlin, 1. Mai. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Hanauer ist gestern Nachmittag gestorben.

Neapel, 1. Mai. Das Kaiserpaar und das italienische Königspaar, sowie die Prinzen begaben sich gestern Abend um 8½ Uhr vom Schloß durch den Corso Garibaldi nach dem Bahnhofe. Die Garnison bildete Spalier, eine dichtgedrängte Menschenmenge jubelte dem Kaiserpaare Abschiedsgrüße zu. Nach dem Abschreiten der Ehrenkompanie reisten die Majestäten mit dem Königszuge um 9 Uhr ab. Die Begleitung des Kaiserpaars folgte um 9½ Uhr in einem Sonderzuge.

Handel und Verkehr.

** Paris, 27. April. Bankausweise.
Baarvorraath in Gold 1673 806 000 Bun. 4 561 000 Frs.
do. in Silber 1 278 546 000 Bun. 1 661 000 "
Porte der Haupt- und
der Filialen 616 841 000 Bun. 44 926 000 "
Notenumlauf 3 477 081 000 Abn. 21 122 000 "
Gauf. Rechn. d. Priv. 417 441 000 Bun. 37 926 000 "
Guthaben des Staats-
schatzes 148 107 000 Bun. 30 073 000 "
Gesamt-Vorschüsse 332 916 000 Abn. 4 558 000 "
Bins- und Diskont-Er-
trägnisse 6 655 000 Bun. 284 000 "
Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorraath 84,90.

** London, 27. April. Bankausweise.
Totalreserve 16 150 000 Abn. 620 000 Pf. Sterl.
Notenumlauf 25 609 000 Bun. 254 000 = =
Baarvorraath 25 309 000 Abn. 367 000 = =
Portefeuille 25 503 000 Bun. 1 197 000 = =
Guthaben der Privaten 29 785 000 Bun. 1 158 000 = =
do. des Staats 5 245 000 Abn. 574 000 = =
Notenreserve 14 427 000 Abn. 440 000 = =
Regierungssicherheiten 11 208 000 unverändert.

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 45% gegen 48% in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 109 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 4 Millionen.

Marktberichte.

Bromberg, 29. April. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 145—152 M., feinst über Rottz. — Roggen 115—124 M. feinst über Rottz. — Gerste nach Qualität 125—130 M. — Brau 131—136 M. — Erbsen, Kutter 125—130 M. — Körner 159—160 M. — Hafer 128—136 M. — Spiritus 70er 35,00 Pfund.

Marktpreise zu Breslau am 29. April.

Festlegungen der städtischen Markt- Rottungs-Kommission.	gute		mittlere		gering. Ware	
	Höch- ster	Nie- brigt.	Höch- ster	Nie- brigt.	Höch- ster	Nie- brigt.
Wk. Pf.	Wk. Pf.	Wk. Pf.	Wk. Pf.	Wk. Pf.	Wk. Pf.	Wk. Pf.
Weizen, welcher	15 30	15 10	14 80	14 30	13 30	12 80
Weizen, gelber	pro	20	15	14 70	14 20	12 70
Roggen	100	13 30	13 —	12 80	12 50	12 30
Gerste	100	15 10	14 40	13 40	13 10	11 60
Hafer	Kilo	13 90	13 70	13 30	13 10	12 60
Erbsen	16 —	15 —	14 50	14 —	13 —	12 —

Breslau, 29. April. (Amtlicher Produktenbericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gefündigt — Br. abgelaufene Kündigungsscheine —. p. April 133,00 Gd. April—Mai 134,00 Gd. Mai—Juni 135,00 Gd. Juni—Juli 138,00 Gd. Hafer (p. 100 Kilo) p. April 139,00 Gd. Rüböl (p. 100 Kilo) p. April 52,00 Br. "Bril.—Mai 52,00 Br. Sept.—Okt. 53,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faz: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —. p. April 53,80 Gd. April 70er 34 10 Gd. Bñf. 1. Ohne Umsatz die Rübenkommission.

** Leipzig, 29. April. (Wollbericht.) Kammzug-Termin-Handel. La. Blata. Grundmuster B. p. April —. M. p. Mai 3,95 M. p. Juli 3,95 M. p. August 3,97 M. p. September 3,97 M. p. Oktober 3,97 M. p. November 4,00 M. per Dezember 4,02 M. p. Januar 4,02 M. p. Februar 4,02 M. Umsatz 50 000 Kiloogr.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April und Mai 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
29. Nachm. 2	755,8	O mäßig	halb heiter	+ 11,3
29. Abends 9	753,8	SO frisch	heiter	+ 5,9
30. Morgs. 7	751,4	SW frisch	bedeckt	+ 4,9
30. Nachm. 2	748,5	NW stark	bewölkt	+ 17,9
30. Abends 9	751,2	NW stark	wolzig	+ 10,8
1. Morgs. 7	752,6	W stark	zieml. heiter	+ 7,1
1) Nachmittags starker Wirbelwind und kurzer schwacher Regen.				
Am 29. April	Wärme-Maximum + 12,2° Cels.			
Am 29.	Wärme-Minimum + 3,6° =			
Am 30.	Wärme-Maximum + 17,9° =			
Am 30.	Wärme-Minimum + 1,5° =			

Deutsche Militärdienst-Berührungs-Aufhalt

Subdirektion Posen.

Bergstraße Nr. 2 b.

Die Geschäftsstunden unserer Subdirektion haben wir von heute ab in die Zeit von 9 Uhr Vorm. bis 3 Uhr Nachm. verlegt und bitten wir die geehrten Interessenten hieron gegebenen Kenntniß nehmen zu wollen.

Posen, den 1. Mai 1893.

Die Subdirektion.
v. Brandt, Major z. D.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. April Mittags 0,78 Meter
do. 30. Morgen 0,78 :
do. 1. Mai Morgen 0,78 :

Telegraphische Börsenberichte.

Kondskurte.

Breslau, 29. April. (Schlusskurte.) Leblos.
Neue Proz. Reichsanleihe 87,20, 8½ proz. L.-Blandbr. 98,75, Konso. Türk. 22,30, Türk. 92,25, 4proz. ung. Golbrente 96,40, Bresl. Diskontobank 103,75, Breslauer Wechslerbank 100,00, Kreditaktien 179,50, Schles. Bankverein 117,00, Donnersmarckhüt

white loko 5,20 Br., per August-Dezember 5,25 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 29 April. Kaffee. (Schlussbericht). Good average Santos per Mai 73, per Septbr. 72^{1/4}, per Dez. 71^{1/4}, per März 71^{1/4}. Behauptet.

Hamburg, 29 April. Badermarkt. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Mai 17,75, per August 17,60, per Okt.-Dezember 14,07^{1/4}, per Jan.-März —. Einwas ruhiger.

Berl., 29 April. Produktenmarkt. Weizen matt, per Frühjahr 7,80 Gd., 7,82 Br., per Mai-Juni 7,80 Gd., 7,82 Br., per Herbst 8,07 Gd., 8,08 Br. Hafer p. Kräutjahr 6,10 Gd., 6,12 Br., per Herbst 6,10 Gd., 6,12 Br. Mais per Mai-Juni 4,66 Gd., 4,68 Br., per Juli-August 4,89 Gd., 4,90 Br. Kohlraps per August-September 14,65 Gd., 14,75 Br. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 29 April. Getreidemarkt. (Schlussber.) Weizen träge, v. April 20,70, p. Mai 20,90, p. Mai-August 21,40, p. September-Dez. 22,30. Roggen behpt, per April 14,50, per Septbr.-Dezbr. 15,00. Mehl ruhig, per April 46,00, per Mai 46,40, per Mai-August 47,10, per Septbr.-Dezbr. 49,20. — Rübel matt, per April 60,25, per Mai 60,25, per Mai-August 60,75, per Septbr.-Dezbr. 62,50. — Spiritus träge, per April 48,75, per Mai 49,00, per Mai-August 48,75, per Septbr.-Dez. 44,00. — Wetter: Schön.

Paris, 29 April. (Schluss.) Rohzucker fest, 88 Proz. loko 44,75 à 44,00. Weizer Bader ruhig, Nr. 3, per 100 Kilogramm per April 48,75, per Mai-August 48,12^{1/4}, per Okt.-Dez. 39,62^{1/4}.

Gavre, 29 April. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 40 Points Baisse.

Rio 3000 Sac, Santos 7000 Sac Rejettes für gestern.

Gavre, 29 April. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 85,50, p. Sept. 86,25, v. Dez. 86,25. Behauptet.

Amsterdam, 29 April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 176, per November 182. — Roggen per Mai 136, per Oktober 134.

Amsterdam, 29 April. Java-Kaffee good ordinary 50.

Amsterdam, 29 April. Vancazzinn 55^{1/2}.

Antwerpen, 29 April. (Telegr. der Herren Willems und Co.) Wolle. La Blata-Zug, Type B, Mai 4,67^{1/2}, Dezember 4,92^{1/2}. Käufer.

Antwerpen, 29 April. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raf-finiertes Type weiz loko 12^{1/2} bez., 12^{1/2} Br., per Mai-Juni 12^{1/2} Br., per Septbr.-Dezbr. 13 Br. fest.

Antwerpen, 29 April. Getreidemarkt. Weizen behpt. Roggen ruhig. Hafer steigend. Gerste fest.

London, 29 April. Chili-Kupfer 44^{1/2}, p. 3 Monat 45.

London, 29 April. 96 p.Ct. Javazucker loko 17^{1/2} fest. Rüben-Rohzucker loko 17^{1/2} fest.

London, 29 April. An der Küste 2 Weizenabfertigungen angeboten. Wetter: Heiter.

Liverpool, 29 April. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umfang 5000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 200 Ballen. Amerikaner weichend, niedriger, Surats schwächer.

Middl. amerik. Lieferungen: April-Mai 4^{1/2}, Juni-Juli 4^{1/2}, August-September 4^{1/2}, Oktober-Novbr. 4^{1/2}, d. Alles Verkaufspreise.

Liverpool, 29 April. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umfang 5000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 200 Ballen. Weichend.

Middl. amerikan. Lieferungen: April-Mai 4^{1/2}, Verkäuferpreis, Mai-Juni 4^{1/2} do., Juni-Juli 4^{1/2}, Käuferpreis, Juli-August 4^{1/2} Verkäuferpreis, August-Sepbr. 4^{1/2}, Käuferpreis, Septbr.-Oktober 4^{1/2} do., Oktober-Novbr. 4^{1/2}, Verkäuferpreis, Nov.-Dez. 4^{1/2} d. Käuferpreis.

Newyork, 29 April. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 46 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 44 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 25 000 Ballen. Vorrath 653 000 Ballen.

Newyork, 29 April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7^{1/2}, do. in New-Orleans 7^{1/2}. — Raff. Petroleum Standard white in Newyork 5,45, do. Standard white in Philadelphia 5,40 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,20, do. Pipelne Certifikates, per Mai 66^{1/2}. Matt. Schmalz loko 10,40, do. Rohe u. Brothers 10,62. Zucker (Fair refining Muscovad) 3^{1/2}. Mais (New) p. April —, p. Mai 49^{1/2}, p. Juli 50^{1/2}. Rother Winterweizen loko 76^{1/2}. Kaffee Rio Nr. 7, 15^{1/2}. Mehl (Spring clears) 2,40. Getreidefracht 2. — Kupfer 11,00. Rother Weizen per April —, per Mai 75^{1/2}, per Juli 78^{1/2}, per August 79^{1/2}. Kaffee Nr. 7 low orb. p. Mai 14,45, p. Juli 14,35.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10 235 398 Dollars gegen 14 298 762 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 1 855 510 Dollars gegen 2 586 998 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 29 April. Weizen per April 71, per Mai 71^{1/2}. Mais per April 41^{1/2}. — Spec short clear nom. Worf per April 18,57^{1/2}.

Newyork, 29 April. Weizen vr. Mai 75^{1/2} C., vr. Juli 78^{1/2} C.

Berlin, 30 April. Wetter: Schön.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 29 April. Die heutige Fondsbörse eröffnete in fester Haltung und bis auf Montanwerke mit fast durchweg gebesserten oder gut behaupteten Kursen; aber das Geschäft gewann auch heute keine größere Ausdehnung. — Banken eröffneten um Bruchtheile eines Prozentes höher, verfehlten aber später auf getriggtem Schlüsselniveau; dagegen lagen Kohlenaktien bei weiter ermäßigtem Preismatt, während Eisen- und Hüttenaktien fast unbedacht blieben.

Inländische und russische Eisenbahnen notierten etwas besser, italienische, schweizerische und die meisten österreichischen Transportwerke waren höher gefragt. Gotthard- sowie Prinz-Helrichsbahn-Aktien gingen ziemlich lebhaft zu höherer Notiz um, Duxer verloren fast 2^{1/2} Proz., Schiffsschaftsaktien hielten sich still, aber fest.

Tremde Fonds, namentlich Ungarn, Italiener und Russen zeigten sich erholt, Rubelnoten gut behauptet. In der zweiten Börsenstunde schwächte sich auf Realisationen der Gesamtmarkt leicht ab, um schließlich vollständig zu ermatten. — Einheimische Staatsanleihen lagen fester, es gewannen 3^{1/2} prozentige Reichs- und 4 prozentige Preußische konsohlirte Anleihe je 0,10, beide 3pro. stellten sich 0,20 Prozent höher. — Österreiche und russische Eisenbahn-Prioritäten waren abgeschwächt, andere fremde und deutsche fest und teilweise höher notirt. Der sonstige Kassamarkt verlor still und vorwiegend schwach. — Der Privatdiskont wurde mit 2^{1/2} Prozent notirt.

Produkten-Börse.

Berlin, 29 April. In Newyork ist der Preis für Weizen gestern 7^{1/2} C. gestiegen, und da hier die Witterung heute Vormittag eine Hoffnung auf Regen erweckte, verließ die Frühbörse in sehr feiter Haltung bei erheblich erhöhten Preisen. Während der offiziellen Börse war der Wind nach Südwest umgegangen; in Folge dessen wurde der Markt zurückhaltend, sodass die Preise für Weizen und Roggen auf etwa gestrige Schlusswerthe zurückgingen. In Hafer folgte das Effettivgeschäft nicht der gestrigen Bewegung im Termingeschäft; die anfänglich höheren Preise schwächten sich auf etwa gestrigen Schlusswerth ab. Hafer ist bei stillem Geschäft ausreichend angeboten und billiger abgelassen. Roggen mehrl. bei stillem Geschäft etwas matter. Rübel war trotz der festen Berichte aus Pest und Amsterdam auf Abgaben der Mühlen schwach und billiger. In Spiritus bleibt die Zufuhr klein, sodass sich die Preise behaupteten. Termine still aber gut behauptet.

Weizen (mit Ausschluss von Haushweizen) per 1000 Kilogr. Loco still. Termine wenig verändert. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loco 154—164 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 158 M., per diesen Monat 158 bez., Durchschnittspreis 158 M., per April-Mai 158 bez., per Mai-Juni 158 bez., per Juli-August 158 bez., per Sept.-Okt. 158 bez., per August-Sept. 158 bez.

Petroleum (Raffiniertes Standard white) per 100 Kilo mit Fack in Pofen von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loco 118—125 M. nach Qualität, per diesen Monat 111,5 M., Durchschnittspreis 111,5 M., per April-Mai —, per Mai-Juni —, per Juni-Juli 109—109,25 M. bez., per Juli-August 110 bez., per Sept.-Oktober 113 M. bez.

Erbzen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., hochfeine Vittoria-Erbzen 230 M., Futterwaare 135 bis 146 M. nach Qual.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 18,30 M., Durchschnittspreis 18,30 M., per April-Mai 18,30 bez., per Mai-Juni 18,30 bez., per Juni-Juli 18,45 bez., per Juli-August 18,75 bez., per Aug.-Sept. —.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 19,00 Gd.

Rübel per 100 Kilogramm mit Fack. Matter. Gel. — Str. Kündigungspreis — M. Loco mit Fack — M., ohne Fack —, per diesen Monat 50,5—50,3 M. bez., Durchschnittspreis 50,4 M., per April-Mai 50,5—50,3 M. bez., per Mai-Juni 50,5—50,3 M. bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September —, per Sept.-Okt. 52—51,7 bez.

Petroleum (Raffiniertes Standard white) per 100 Kilo mit Fack in Pofen von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loco 118—125 M. nach Qualität, per diesen Monat 119,8 M.

Spiritus mit 100 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Loco ohne Fack 56,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Loco ohne Fack 37,0 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest. Gefündigt

30 000 Liter. Kündigungspreis 36 M. Loco mit Fack —, per diesen Monat 35,8 bis 36,1 bez., Durchschnittspreis 36 M., per April-Mai und per Mai-Juni 35,8—36,1 M. bez., per Juni-Juli —, per Juli-August — bez., per August-Sept. 37,2 bis 37,4 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,00 bez., Nr. 0 19,75—17,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,50—18,50 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

bis 162—161 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Okt. 163,50 M. bez. bis 164—163,50 M. bez. Roggen per 1000 Kilogramm. Loco mäßiger Umlauf. Termine behauptet. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loco 130—139 M. nach Qual. Lieferungsqualität 137 M., inländ. guter 137—137,5 ab Bahn bez., per diesen Monat 139 M., Durchschnittspreis 139 M., per April-Mai —, per Mai-Juni 139,25—139,5—138,75—139,25 bez., per Juni-Juli 142—141 bis 141,25 bez., per Juli-August 144—143 bez., per August-Sept. —, per Sept.-Okt. 147—146—146,5 M. bez.

Gerste per 1000 Kilo. Loco fest. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loco 144 bis 160 M. nach Qualität, Lieferungsqualität 146 M. Bommericher mittel bis guter 144—149 M. bez., seiner 150 bis 154 bez., schlechter und preußischer mittel bis guter 145 bis 149 bez., seiner 150 bis 154 bez., per diesen Monat 148,25 M., Durchschnittspreis 148,25 M., per April-Mai —, per Mai-Juni 148,5—148—148,25 bez., per Juni-Juli 149,5 bez., per Juli-August 144,5—145—144,25 M. bez., per August-Sept. —, per Sept.-Okt. 142,75—143,25—142,5 bez.

Hafer per 1000 Kilo. Loco fest. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loco 118—125 M. nach Qualität, Lieferungsqualität 118 M. —, per diesen Monat 111,5 M., Durchschnittspreis 111,5 M., per April-Mai —, per Mai-Juni —, per Juni-Juli 109—109,25 M. bez., per Juli-August 110 bez., per Sept.-Oktober 113 M. bez.

Erbzen per 1000 Kilo. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., hochfeine Vittoria-Erbzen 230 M., Futterwaare 135 bis 146 M. nach Qual.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 19,00 Br.

Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,50 Br.

Kartoffelstärke per 100 Kilo brutto inkl. Sack per diesen Monat 10,50 G.

Rübel per 100 Kilogramm mit Fack. Matter. Gel. — Str. Kündigungspreis — M. Loco mit Fack — M., ohne Fack —, per diesen Monat 50,5—50,3 M. bez., Durchschnittspreis 50,4 M., per April-Mai 50,5—50,3 M. bez., per Mai-Juni 50,5—50,3 M. bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September —, per Sept.-Okt. 52—51,7 bez.

Petroleum (Raffiniertes Standard white) per 100 Kilo mit Fack in Pofen von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loco —, per diesen Monat 19,8 M.

Spiritus mit 100 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Loco ohne Fack 56,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Loco ohne Fack 37,0 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest. Gefündigt

30 000 Liter. Kündigungspreis 36 M. Loco mit Fack —, per diesen Monat 35,8 bis 36,1 bez., Durchschnittspreis 36 M., per April-Mai und per Mai-Juni 35,8—36,1 M. bez., per Juni-Juli —, per Juli-August — bez., per August-Sept. 37,2 bis 37,4 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,00 bez., Nr. 0 19,75—17,75 bez.

Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19